

Die E-Mail-Debatte

«Hauptziel der Aussenpolitik müssen die Interessen der Schweiz sein»

Entwicklungshilfe reiche nicht, sagt Jacqueline Badran. Es brauche einen fairen Handel. Krieg und Korruption haben laut Gregor Rutz wenig mit Ausbeutung zu tun

Jacqueline Badran

In Artikel 54 Absatz 2 unserer Bundesverfassung ist die Pflicht zur Entwicklungszusammenarbeit festgeschrieben. Dort heisst es: «Der Bund ... trägt namentlich bei zur Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie, zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.» Ihre Partei torpediert diesen Verfassungsauftrag, wo sie kann. Friedensförderung und Klimapolitik lehnen Sie ab, die Menschenrechtskonvention wollen Sie kündigen, die Gelder für Entwicklungszusammenarbeit wollen Sie drastisch kürzen, Kredite für die Hilfe vor Ort lehnen Sie ab. Kurz, Sie treten unsere Verfassung mit Füssen.

Gregor Rutz

Bitte, liebe Frau Badran, bleiben Sie bei der Wahrheit. Weder sollen Menschenrechte aufgehoben werden, noch stellt jemand die Verfassung infrage. Im zitierten Verfassungsartikel geht es in erster Linie um die «Wahrung der Unabhängigkeit der Schweiz» - das war früher sogar das einzige aussenpolitische Ziel. Das blenden Sie gerne aus. Neu will der erweiterte Artikel 54 der Bundesverfassung, dass die Schweiz als neutrales, unabhängiges Land auf dem internationalen Parkett Akzente setzt, soweit das möglich ist. Staatsausgaben von derzeit 3,4 Milliarden Franken für die Entwicklungshilfe zeigen, dass man diesem Auftrag enormes Gewicht zumisst. Mir schiene es zielführender, die Ausgaben hier etwas zu reduzieren und dafür Schwerpunkte zu setzen: Weniger ist oft mehr.

Jacqueline Badran

Es werden ja Schwerpunkte gesetzt. Namentlich in Ländern, die uns geografisch nahe sind. Diese werden auch laufend überprüft. Aber ein dauerndes Ändern der Strategie bringt weder Erfolge noch Stabilität. Und von Ausgabenreduktion sollte keine Rede sein. Schliesslich haben sich alle Industrieländer

Debattierer



Jacqueline Badran, 53, ist Nationalrätin der SP aus dem Kanton Zürich. Die Biologin und Ökonomin führt ein eigenes Unternehmen im IT-Bereich.



Gregor Rutz, 43, ist SVP-Nationalrat aus dem Kanton Zürich. Der Jurist ist Unternehmer und Inhaber einer Agentur für Kommunikationsberatung.

- auch die Schweiz - verpflichtet, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit auszugeben. Diesen Anteil unterschreiten wir deutlich, und wir liegen damit im Mittelfeld.

Gregor Rutz

Bei über 1200 Projekten in über 100 Ländern von Schwerpunkten zu sprechen, ist gewagt. In die genannten Schwerpunktländer fliesst nicht einmal ein Drittel der Mittel. Wir verzeteln uns zu sehr. Und vergessen wir nicht: Entwicklungshilfe kann kontraproduktiv sein. Die Regierungen der betroffenen Länder hätten die Aufgabe, ihr Land aufzubauen und eine gesunde Volkswirtschaft sicherzustellen. Diese Pflichten werden immer wieder sträflich vernachlässigt, Hilfsgüter dankbar verteilt und das Entwicklungsgeld dann in ganz andere Bereiche investiert. Darum zahlt sich hier nur gut überlegtes Vorgehen aus.

Jacqueline Badran

Niemand sagt etwas gegen mehr Fokus und eine kluge Strategie. Und ich gebe Ihnen recht, dass Länder mit korrupten Diktatoren die Wirkung von Entwicklungsmaßnahmen stark einschränken. Deshalb ist auch der Schutz von Diktatoren, die ihr gestohlenen Geld in der Schweiz bunkern, einzuschränken. Ihre Partei wollte das Gegenteil. Aber Entwicklungszusammenarbeit ist ja schliesslich keine Kuschel-Veranstaltung von Gutmenschen. Sie ist knallharte Wirtschaftsaussenpolitik und bezweckt hauptsächlich, neue Absatzmärkte für unsere Exportwirtschaft zu schaffen und wirtschaftliche Beziehungen zu verfestigen.

Gregor Rutz

Von «knallharter Wirtschaftsaussenpolitik» habe ich leider bisher nie etwas bemerkt in Bundesberatern. Im Gegenteil: Es brauchte Jahre, bis endlich einmal etwas Druck ausgeübt werden konnte gegenüber Staaten, welche nicht einmal ihre kriminellen Bürger zurücknehmen wollten. Dies scheinen Ihre

Parteikollegen nun immerhin eingesehen zu haben. Faktum ist und bleibt aber: Die Entwicklungshilfegelder steigen immer weiter an, ohne dass ein wirklicher Erfolg verzeichnet werden kann - die Migrationsströme sind ja so gross wie noch nie. Und gerade darunter leidet die Wirtschaft - sowohl die einheimischen Betriebe in der Schweiz, weil das Asylwesen Milliardenkosten verursacht und die öffentliche Sicherheit leidet, aber auch die Betriebe in den Herkunftsländern der Migranten, welchen die Arbeitskräfte fehlen, weil alle jungen Männer auswandern. Tolle Wirtschaftspolitik!

Jacqueline Badran

Ich gebe zu, der Entwicklungsstand namentlich in Afrika ist frustrierend. Genau das spricht aber dafür, dass die Industrieländer ihre Anstrengungen erhöhen, weil die Menschen dort eine Perspektive brauchen. Entwicklungszusammenarbeit alleine reicht da nicht. Exportsubventionen der EU auf europäische Produkte wie zum Beispiel Fisch oder Hühnerfleisch, welche die lokale Produktion konkurrieren, sind wenig hilfreich. Ebenso beim Rohstoffhandel muss mehr in den Herkunftsländern hängenbleiben. Zudem müssen die Zölle auf verarbeitete Produkte aus Afrika gesenkt werden. Ohne fairen Handel wird das alles nichts. Aber dazu sind die Industrieländer auch über 50 Jahre nach dem Ende der Kolonialzeit nicht bereit. Afrika wird nach wie vor ausgebeutet.

Gregor Rutz

Solche Phrasen bringen uns nicht weiter. Bürgerkriege, Korruption und Staatszerfall in afrikanischen Ländern haben wenig mit Ausbeutung zu tun. Das Risiko ist vielmehr, dass unkontrollierte Geldflüsse aus dem Norden diktatorische Regimes und korrupte Clans am Leben erhalten. Die Entwicklungshilfe zeigt: Bezüglich Aussenpolitik müssen wir ganz grundsätzlich über die Bücher gehen. Und wir müssen das Hauptziel der Aussenpolitik endlich wieder nennen: die Interessen der Schweiz.



Nachgefragt bei Patrick Imhasly

Am Hoch-Ybrig, nicht weit von Zürich entfernt, wurde jüngst ein Bär gesichtet. Ist das schlimm?

Nein, ganz im Gegenteil: Das sind gute Nachrichten. Je näher Bären den Agglomerationen und sogar den Städten wie Zürich kommen, desto grösser ist die Chance, dass endlich sachlich darüber diskutiert wird, wie wir das Zusammenleben von Mensch und Grossraubtieren in der kleinräumigen Schweiz gestalten wollen. Denn in dieser Frage stehen sich zwei Lager gegenüber, die im Grunde genommen keine Ahnung davon haben, wovon die andere Seite spricht.

Die Bergler, die die Bären bisher vor ihrer Haustüre hatten, sehen sich von den Tieren in ihrer naturnahen Lebensweise bedroht. Ironischerweise machen sie ausgerechnet diese Natur dafür verantwortlich. Denn was gibt es Natürlicheres als die Rückkehr des Bären, der in unseren Gefilden bis vor über 100 Jahren heimisch war? Die Städte hingegen hängen ihren romantischen Vorstellungen einer unberührten Wildnis nach. Sie wollen dabei aber partout nicht wahrhaben, dass solche Zustände in den Alpen seit Menschengedenken nie geherrscht haben, weil die Bergregionen schon vor Jahrtausenden bis in den hintersten Winkel bewirtschaftet worden sind.

Es ist keineswegs abwegig, dass Bären bald in Zürich auftauchen. Die Tiere können locker Dutzende von Kilometern an einem einzigen Tag zurücklegen. Männliche Jungtiere gehen gern Risiken ein und sind offen für «Grenzerfahrungen», wie Bärenforscher sagen. Haben sie einmal Abfallkübel als Nahrungsquellen entdeckt, sind sie nur schwer davon loszukriegen.

Der erste Bär auf Stadtgebiet wird eine heilsame Erfahrung für alle Schweizer sein. Die Städte werden eine Vorstellung davon erhalten, was es heisst, wenn sich ein Raubtier einem Kinderspielplatz nähert. Die Bergler werden sich in ihren Ängsten eher verstanden fühlen. Und beide Seiten werden sich zusammenraufen, um den Bären jenen Platz einzuräumen, der diesen wunderbaren Tieren in unserem Land zusteht.

Patrick Imhasly ist Redaktor im Ressort Wissen der «NZZ am Sonntag».

51 Prozent

Entschuldigung, ist hier noch etwas Platz frei?



Nicole Althaus

Ich leide immer mal wieder unter Dichtestress. Nicht erst seit die Befürworter der Masseneinwanderungsinitiative das Wort in Umlauf gebracht haben. Meine Platzangst ist eine spezifisch weibliche und hat weder mit der Zuwanderung noch mit überfüllten Zügen zu tun. Sie kann mich auch übermannen, und das ist wortwörtlich gemeint, wenn exakt so viele Personen wie Plätze vorhanden sind. Zuletzt im Flug von Paris nach Zürich. Kaum angeschnallt, belegten meine Sitznachbarn die Armlehnen, als hätten sie dafür einen Aufpreis bezahlt. Ihre Knie reichten weit in den Luftraum des Mittelsitzes hinein, auf dem ich mich während des ganzen Fluges pflichtbewusst zusammenfaltete. Die Entschuldigung, die ich murmelte, wenn es dennoch zum Körperkontakt kam, quittierten die beiden Herren mit einem freundlichen Lächeln. Schliesslich sass ich zwischen Gentleman. Der Nachbar zur Rechten etwa hatte mir hilfsbereit das Handgepäck in die Gepäckablage gehievt.

Natürlich sind die Platzverhältnisse im Flugzeug nicht ganz unschuldig daran, dass ich mich auf dem Mittelsitz bedrängt fühlte.

Aber das Phänomen, das seit kurzem den Namen «Manspreading» trägt, kann überall beobachtet werden. Im Kino etwa und selbstverständlich im Zug. Zu Pendelzeiten findet sich in jedem Zugabteil mindestens ein Mann, der mit seinen gespreizten Schenkeln den Nachbarsitz kolonisiert, derweil die Frau daneben adrett die Beine in Linie bringt oder übereinanderschlägt. Eine Pose, die, so vermute ich, nicht nur der Eleganz verpflichtet, sondern auch Folge des Dichtestresses ist. Nirgends wird so deutlich wie im öffentlichen Verkehr: Das Geschlechterverhältnis wirkt bis in die Bein- und Armmuskulatur. Der Mann nimmt sich den Raum, den er braucht. Die Frau gibt sich mit dem Platz zufrieden, den man ihr übrig lässt.

Im Netz hat es der Hashtag «Manspreading» im letzten Jahr zu einigem Ruhm gebracht. Auf Tumblr und Instagram wurden weltweit Bilder von Männern gepostet, die sich auf Parkbänken oder in der U-Bahn breit machten. Ausgelöst hatte die Debatte eine Kampagne der New Yorker Verkehrsgesellschaft MTA. Sie brachte in der Subway der Stadt Schilder an, auf denen die «Manspreader» aufgefordert werden, sich zu benehmen: «Dude, stop the spread, please - it's a space issue» steht darauf. Plötzlich hatte der tägliche Dichtestress einen Namen und wurde rund um die Welt angeklagt. Mittlerweile beschäftigt der genderspezifische Raumanspruch auch Wirtschaft und Wissenschaft. Auf dem wirtschaftspolitischen Blog Econo-Monitor, das zur Beratungsfirma Rubini Global Economics gehört, erschien



Nirgends wird so deutlich wie im öffentlichen Verkehr: Das Geschlechterverhältnis wirkt bis in die Bein- und Armmuskulatur.

Anfang 2016 der Versuch einer wissenschaftlichen Erklärung: Schuld am männlichen Gespreize soll einmal mehr die Natur sein: Weil bei Männern die Schultern wesentlich breiter seien als die Hüften, so die Autoren, müssten sie die Beine spreizen, um die Balance zu halten. Eine These, die wackeliger ist als jeder sitzende Mann. Selbst wenn er die Beine übereinanderschlägt.

Sehr viel wahrscheinlicher ist, dass das «Manspreading» aus purer Gewohnheit passiert. Studien zeigen, dass Mädchen schon im Kindergarten weniger Raum einnehmen als Buben. Kommt dazu, dass das weibliche Geschlecht spätestens in der Pubertät lernt, seine Körperhaltung zu kontrollieren und zu zensurieren, damit der Jupe nicht zu viel Bein und die Bluse nicht zu viel Décolleté entblösst. Kein Wunder, wird das raumgreifende Sitzen mit Männlichkeit gleichgesetzt. Das zumindest legt die neuste Erkenntnis der Universität von Kalifornien in Berkeley nahe. Sie zeigte, dass Frauen auf Dating-Plattformen eher mit Männern in Kontakt treten, die sich auf der Foto breit machen.

Ob dieses Flirtmuster auch im öffentlichen Verkehr gilt, wurde noch nicht untersucht. Klar ist aber, dass «Manspreading» einer uralten Höflichkeitsregel widerspricht: seinen Platz der Frau anzubieten. Im Zeitalter der Gleichberechtigung könnte man sich darauf einigen, dass der Gentleman nicht mehr als einen Platz für sich beansprucht.

Nicole Althaus ist stellvertretende Chefredaktorin der «NZZ am Sonntag».

Strittis Schlagzeile

Zu Merkels Befund, der Gotthard sei das Herz, dem noch die Aorta fehle.



Hermann Strittmatter ist Gründer und Leiter der Werbeagentur GKK in Zürich.